



Für eine humane und solidarische Flüchtlingspolitik

Unsere zehn aktuellen Forderungen und Positionierungen
für eine Veränderung in der Flüchtlings- und Integrationspolitik

Positionen zum Thema Migration/Integration

1 **Schnelle und sorgfältige Asylverfahren gewährleisten**

Ein schnelles Verfahren ist im Sinne der Asylsuchenden und auch der Kommunen. Damit Asylsuchende eine menschenwürdige Aufnahme und Behandlung erfahren, muss das für Asylverfahren zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit ausreichenden Kapazitäten ausgestattet werden.

Wir fordern ein beschleunigtes Asylverfahren für Menschen, die aus offensichtlich unsicheren Herkunftsländern kommen.

2 **Residenzpflicht abschaffen**

Die sogenannte Residenzpflicht – also das Verbot, einen bestimmten Bezirk ohne Erlaubnis zu verlassen – stellt für die betroffenen Menschen eine Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit dar. Die im Dezember 2014 beschlossene Lockerung der Residenzpflicht ist nur ein erster richtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, der Besuch von Ärztinnen und Ärzten, Ämtern oder Bildungseinrichtungen kann immer noch massiv behindert werden.

Wir fordern deshalb vom deutschen Bundestag die uneingeschränkte Abschaffung der Residenzpflicht und eine entsprechende Freizügigkeit.

3 **Wohnraum für Flüchtlinge in Wohngebieten**

Die Idee einzelner Kommunen, unter Zuhilfenahme einer Baurechtsänderung in Gewerbegebieten Flüchtlingsunterkünfte zu errichten, lehnen wir zu großen Teilen ab. Eine gelungene Integration von Flüchtlingen kann nicht gewährleistet werden, wenn diese in Gewerbegebieten ohne ausreichende Infrastruktur untergebracht werden. Gerade für Kinder und Jugendliche brauchen wir altersgerechte Räume und Aufenthaltsmöglichkeiten genauso wie Schutz- und Rückzugsräume für alleinstehende Frauen und Mütter. Wir brauchen Wohnraum für Flüchtlinge in Wohngebieten. Das fördert die Integration der Flüchtlinge und hilft zugleich Stigmatisierungen innerhalb der Gesellschaft abzubauen.

Wir fordern eine bevorzugte dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohngebieten.

4 **Neuregelung des Leistungsrechts für Asylsuchende**

Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum muss für alle Menschen gelten. Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 dazu die Entscheidung getroffen, dass die Regelungen zu den Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht vereinbar sind. Wir begrüßen, dass das Bundesarbeitsministerium nun einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hat, der dieser Entscheidung entspricht. Die geplanten Neuerungen leisten, ebenso wie der

erweiterte Arbeitsmarktzugang, einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Integration von Flüchtlingen.

Wir fordern eine schnelle und konsequente Umsetzung des Gesetzes.

5 **Gesundheitskosten von Flüchtlingen fair verteilen**

Eine Verbesserung der medizinischen Versorgung und die Anpassung des Umfangs der medizinischen Leistungen für Flüchtlinge halten wir für notwendig. Dazu gehört auch die psychologische Behandlung von Opfern von Folter, Vergewaltigung oder anderen schweren Gewalttaten. Die besondere Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Frauen muss berücksichtigt werden. Sie sind oftmals durch Formen sexualisierter Gewalt traumatisiert und bedürfen einer besonderen Fürsorge und Unterstützung. Ein besonderer Schutzbedarf besteht auch bei Schwangeren oder Alleinerziehenden. Zudem sind die Belange von Menschen mit Behinderung angemessen – und zwar im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention – zu berücksichtigen.

Wir fordern, dass die anfallenden Kosten fair zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt werden.

6 **Integration durch den Abbau von Sprachbarrieren**

Elementare Grundlage für mehr Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Bis zur endgültigen Entscheidung über den Aufenthaltsstatus leben Flüchtlinge oftmals mehrere Jahre in Deutschland. Ungenügende Sprachkenntnisse schränken die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein. Bisher gibt es keine bundesweit einheitliche Regelung für die Öffnung von Kursen für Asylsuchende und Geduldete. Hier dürfen Fragen der Zuständigkeit und der Kosten nicht weiter zulasten der Betroffenen ausgetragen werden.

Wir fordern eine schnelle Sprachförderung der Kinder von Flüchtlingen durch speziell ausgebildete Sozialarbeiter/-innen, die sich dieser Kinder z. B. an Schulen und in Kindergärten annehmen und ein Anrecht der Flüchtlinge auf kostenfreie Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

7 **Jungen Flüchtlingen bessere Chancen zur Ausbildung bieten**

Fast 7.000 unbegleitete Kinder und Jugendliche haben in diesem Jahr bereits in Deutschland Schutz gesucht. Damit diese jungen Menschen gute Chancen bekommen, müssen wir ihre Fähigkeiten und Potenziale für ein selbstbestimmtes Leben fördern und ihnen Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Wir begrüßen den Gesetzentwurf der Bundesregierung, welcher den Schutz von Flüchtlingen vorsieht, die mindestens vier Jahre eine deutsche Schule besucht haben und höchstens 21 Jahre alt sind. Dieser Schutz ist, unserer Ansicht nach, allerdings nicht weitreichend genug, da er die Übergangsmöglichkeiten ins Berufsleben nicht umfasst.

Wir fordern die Prüfung eines eigenen Aufenthaltsstatus für die Zeit der Ausbildung und der Übergangsmöglichkeiten nach der Ausbildung in reguläre Beschäftigung.

8 Flüchtlingen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt bieten

Menschen wollen selbstbestimmt leben, für sich selbst sorgen, ihrem Leben einen Sinn geben und nicht von Sozialleistungen abhängig sein. Dazu braucht es einen geregelten Zugang zum Arbeitsmarkt und zu guter Arbeit. Mehr anonymisierte Bewerbungsverfahren, die ihnen Perspektiven ermöglichen, sind eine Möglichkeit. Damit bekommen sie eine faire Chance, ihre Kompetenz unter Beweis zu stellen. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung ein Gesetz zur Abschaffung der Vorrangprüfung auf den Weg gebracht hat. Hiermit sollen Asylsuchende, die eine Qualifikation als Fachkraft vorweisen können, die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen wie deutsche oder EU-Bürger/-innen.

Wir fordern schnellere und konsequente Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen.

9 Integrierten Flüchtlingen einen gesicherten Aufenthaltsstatus bieten

Viele Flüchtlinge beginnen in Deutschland ein neues Leben. Sie sind gut integriert, ergreifen hier einen Beruf und gründen Familien. Sie müssen allerdings mit der tagtäglichen Angst leben, abgeschoben zu werden. Wir begrüßen den Gesetzentwurf des Bundesinnenministers, gut integrierten Flüchtlingen, die bislang nur geduldet sind, einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu geben. Die angedachten Voraussetzungen hierzu müssen allerdings überprüft werden. So gilt dieser Gesetzentwurf für Flüchtlinge, die mindestens acht Jahre in Deutschland leben, ausreichende Deutschkenntnisse vorweisen und ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst bestreiten. Auch für Menschen mit einem minderjährigen Kind soll dies nach sechs Jahren möglich sein. Bei Jugendlichen sind vier Jahre Schulbesuch in Deutschland ausreichend.

Wir fordern im Einzelfall zu prüfen, ob gut integrierte Flüchtlinge den Aufenthaltsstatus so früh wie möglich erhalten können.

10 Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge schützen

Langfristig brauchen wir eine Politik, die die Fluchtursachen bekämpft und nicht die Grenzen für Flüchtlinge schließt, sie abschreckt oder gar kriminalisiert.

Wir fordern die Bundesregierung auf, von Krieg und Gewalt bedrohten und betroffenen Menschen humanitäre Hilfe zu leisten und Schutzrechte für Flüchtlinge und Menschen ohne Papiere zu stärken.



Für eine humane und solidarische Flüchtlingspolitik

Aktuelle Forderungen und Positionierungen

Zurzeit sind weltweit 51,2 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder Asylsuchende heimatlos (Quelle: UNHCR). Diese Menschen befinden sich in einer existenzbedrohenden Lage. Sie fliehen vor Krieg, Bürgerkrieg oder politischer Verfolgung aus ihrem Land und müssen unterstützt und aufgenommen werden.

Das ist für uns ein Gebot der Menschlichkeit und ein zentraler Bestandteil unserer gewerkschaftlichen Werte und Normen. Denn unser Engagement für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen endet nicht an den Toren unserer Unternehmen und Betriebe. Einen Anspruch auf Würde, Rechtssicherheit und Lebensperspektive haben alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und Nationalität.

Gerade angesichts rechtspopulistischer Stimmungsmache und den Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte ist es dringend erforderlich

- dass Menschen sensibilisiert werden für die Ursachen von Flucht,
- dass Menschen ermutigt werden, Flüchtlinge willkommen zu heißen,
- dass Menschen aktiviert werden, vor Ort Flüchtlinge zu unterstützen
- und dass sich Menschen zusammenschließen, um für eine gerechtere Flüchtlingspolitik einzutreten.

Die in diesem Flyer wiedergegebenen zehn Forderungen zeigen, wo der derzeit dringlichste Handlungsbedarf für die Politik besteht. Um dem Nachdruck zu verleihen, müssen wir in unserem Umfeld selbst aktiv werden. Im Betrieb mit den Kolleginnen und Kollegen. Zu Hause im Nachbar- und Bekanntenkreis.

Und wir wollen dies ausdrücklich als Gewerkschafterin und Gewerkschafter, denn die IG BCE ist eine Organisation, die sich für Gerechtigkeit und Menschenwürde einsetzt.

Mitglied werden lohnt sich!
www.mitgliedwerden.igbce.de

Impressum

V.i.S.d.P.:

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Petra Reinbold-Knape, Vorstandsbereich 4

Redaktion:

Regina Karsch

Redaktionsanschrift:

Abteilung Politische Schwerpunktgruppen
Königsworther Platz 6
30167 Hannover

Telefon: 0511 7631-385

Telefax: 0511 7631-590

abt.politische-schwerpunktgruppen@igbce.de
www.igbce.de

Druck:

BWH GmbH

Stand: Juli 2015